

Bezugspreis:

Warteljahr 30.—, Monat 10.—, ...

Telegraphische Adressen

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtgepostete Annahmestelle ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 7. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Oberschlesien und Wiedergutmachung.

London, 7. Januar (CP). In einer heute veröffentlichten Erklärung des Reuters-Bureau heißt es: Die offiziellen englischen Kreise vermögen nicht einzusehen, warum die französische Presse wegen der angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Regierung Kommentare wie die letzten veröffentlicht.

England vermag auch nicht einzusehen, daß schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Fragen entstehen könnten. In diesem Augenblick besitzt man noch keinerlei Details bzgl. der nächsten Konferenz der Ministerpräsidenten, doch ist man der Ansicht, daß, falls die Brüsseler Finanzkonferenz ihre Arbeit bis am 10. Januar aufnehmen würde, die Entschädigungsfrage wahrscheinlich noch keinen genügenden Fortschritt gemacht haben wird, um den Gegenstand einer endgültigen Entscheidung auf der Pariser Konferenz zu bilden.

Die Frage der Volksabstimmung in Schlesien wurde nicht verhandelt, obwohl die Abstimmung der außerhalb Schlesiens Wohnenden noch nicht geklärt ist. Der Besitz irgendeines Teiles von Schlesien wird nichtswortwendigerweise jenem Teil zufallen, der die Mehrheit der Stimmen gelegentlich der allgemeinen Abstimmung haben wird. Diese ganze Frage bleibt noch einer endgültigen Regelung vorbehalten. Wenn die Volksabstimmung sofort stattfinden würde, müßte man demnach drei Monate warten, bis das Ergebnis feststeht sei. Infolgedessen sehe man in England nicht ein, wie die Frage der Entscheidung sich in einer mehr oder weniger abschließenden Form bei der Pariser Konferenz darstellen könne.

Das Echo de Paris erklärt hierzu, daß im vorliegenden Reuters-Kommentar manches dunkel sei, da man die Frage der Abstimmung in Oberschlesien mit der Entschädigungsfrage

verknüpfen wolle. In dem Augenblick, wo eine Frist von drei Monaten zur Bestimmung des Abstimmungsergebnisses nötig sei, während andererseits die Abstimmung selbst für den Monat März angelegt werden soll, sei es unmöglich, das Ergebnis dieser Volksabstimmung bei der Festsetzung der Entschädigungssumme zu berücksichtigen, da die Höhe der von Deutschland zu leistenden Zahlungen von der Wiedergutmachungskommission bis zum 1. Mai 1921 festgesetzt werden soll.

Amerika und die Ruhrrevierbesetzung.

Washington, 7. Januar. (CP.) Dem Staatsdepartement ist eine Mitteilung der französischen Regierung zugekommen, in der es heißt, daß Deutschland gewisse Vertragsbestimmungen nicht erfüllt habe. Das Staatsdepartement hat andererseits erfahren, daß Frankreich die Besetzung des Ruhrgebiets und die Zurückbehaltung der rheinischen Provinzen plane. Amerika würde eine derartige Aktion mit wahrer Unruhe betrachten. Die Erklärung André Tardieu, daß der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen die Raktifizierung des englisch-französisch-amerikanischen Bündnisses die Haltung Frankreichs im Falle weiterer Besetzung deutschen Gebietes rechtfertigen würde, hat den Präsidenten Wilson überrascht. Das Staatsdepartement erklärt, der Absicht durchaus unsympathisch gegenüberzustehen, daß Deutschland zu bestrofen sei, falls es sich zeigt, daß es eine Bestimmung des Friedensvertrages nicht durchzuführen könne. Dem Staatsdepartement sei der Nachweis erbracht, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine gewisse Anzahl von Bestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen.

Die Ausgleichszahlungen.

Einer Pariser Meldung des „Eclair“ zufolge haben die deutschen Vertreter den Direktoren der Ausgleichsbureau die Erklärung abgegeben, Deutschland werde seine Ausgleichszahlungen vor dem 15. Januar wieder aufnehmen.

Die Verhandlungen mit den Beamten.

Am heutigen Freitagvormittag haben im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund und seinen Unterorganisationen begonnen. Gleichzeitig werden auch im Reichsverkehrsministerium Besprechungen mit den Eisenbahnern weitergeführt.

Neuordnung der Berliner Polizei.

Der Hauptauschuh der Preussischen Landesversammlung bewilligte am Freitag den Nachtbescheid für die Umorganisation der staatlichen Polizei Groß-Berlin mit einem Kostenaufwand von 15,8 Millionen Mark. Bei dem Nachtbescheid zum Staatshaushaltsplan sprach die Mehrheit aus allen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die vorgesehene 500 Millionen Mark aus der Gesetzesvorlage über die Steuer vom Grundvermögen und brachte den Etat dadurch in die Balance, daß sie die Mehreinnahmen aus Holz, aus dem Forstwirtschaftsjahr 1920 von 800 auf 900 Millionen Mark erhöhte und ferner die Erhaltung von Reich gemäß § 59 des Landessteuergesetzes (Kriegsmobilisierungsausgabe für Rechnung des Reiches) um 220 Millionen Mark erhöhte. Angenommen wurde ferner eine Entschädigung, welche die Forstverwaltung auffordert, eine Million Hektar Bauholz zu schlagen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Betrag ebenfalls zur Veranschlagung des Staatdefizits zu verwenden.

Die Mietssteuer im Reichswirtschaftsrat.

Der Ausschuh des Reichswirtschaftsrats für Stieblungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich in seiner Sitzung am 7. Januar mit dem von der Regierung erneut vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens, in dem teilweise frühere Vorschläge des sozialpolitischen Ausschusses aufgenommen worden sind. Wesentlich abweichend davon ist dagegen die Festsetzung der Steuerhöhe, worauf Oberbürgermeister Dr. Ruyter als Berichterstatter hinwies. Früher waren 15 Proz. des Mietwertes bei einer Erhebungsdauer von 10 Jahren vorgesehen, der Regierungsentwurf sieht nur 5 Proz. bei 20 Jahren vor. Dr. Ruyter macht geltend, daß der soziale Sinn dieses Gesetzes ursprünglich der sei, den durch die Zeitumstände, vor allem die stark erhöhte Nachfrage bei geringem Angebot entstandenen Wertzuwachs für die Allgemeinheit zu erfassen und zur Verringerung der Wohnungsnot nutzbar zu machen. Das geschähe durch eine Steuer von 5 Proz. mit Gemeinbezugszahl: 10 Proz. keineswegs. So sei zu fürchten, daß infolge des Mietsverhältnisses zwischen den durch die Höchstmietenverordnung künstlich niedrige gehaltenen Mieten in alten Häusern und den hohen Mieten in Neubauten die ganze Wohnungswirtschaft zusammenbrechen werde. Auch sei eine so niedrig bewertete Steuer unwirtschaftlich, da ein Viertel ihres Ergebnisses von den Ansetzern für Erhebung und Veranlagung verschlungen werde, und schließlich sei ihr Ergebnis im ganzen unbefriedigend niedrig, da die bestenfalls einfließenden 8,5 Milliarden

für höchstens ein- bis zweijährige Bautätigkeit reichten und zur Tilgung und Verzinsung dieses Betrages, der auf dem Wege einer Anleihe aufgebracht werden soll, 90 Jahre gebraucht werden.

Die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer konnten sich diesen Gründen nicht anschließen, sondern machten dagegen geltend, daß eine höhere Steuer zur Produktionssteigerung und zu neuen Lohnkämpfen führen werde. Weber die Bevölkerung noch die Betriebe könnten eine höhere Belastung vertragen. Dieser Ansicht schloß sich die große Mehrheit des Ausschusses an und beschloß es also bei den 5 bzw. 10 Proz. der Regierungsvorlage.

Amerikanische Freiheit.

Amerika ist demnach das Land der Freiheit. Aber doch mehr das Land der Unbefreiheit für Kapitalisteninteressen, als das Land des freien Geistes. Besonders der geistige Aufstieg des Arbeiters scheint der amerikanischen Regierung ein Dorn im Auge zu sein. Seit einiger Zeit hat die amerikanische Arbeiterpresse auf genossenschaftlicher Grundlage unter dem Namen „Federated Press“ einen eigenen Nachrichten- und Korrespondenzdienst aufgebaut, der materiell und ideell von den amerikanischen Gewerkschaften unterstützt wird. Das Ziel der „Federated Press“ ist die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse mit einwandfreiem Material aus ihrer Interessengebieten zu versorgen. Die Berichterstattung erfolgt streng neutral, unter gleichmäßiger Berücksichtigung der verschiedenen politischen Richtungen der Arbeiterpresse. Von irgendwelchen staatsfeindlichen Tendenzen ist in diesem Organ nichts zu spüren. Es bezieht sich im allgemeinen auf die Wirtschaftspolitik. Und doch scheint es der amerikanischen Regierung bolschewistischer Einflüsterungen verdächtig zu sein.

Vor einigen Wochen wurde der amerikanische Geschäftsführer und Leiter der „Federated Press“, E. J. Costello aus Chicago, während einer Europareise in London verhaftet und aus England ausgewiesen, nachdem seine gesamte private Korrespondenz und die Dokumente, die sich in seinem Besitz befanden, beschlagnahmt worden waren. Der einmütige Protest der gesamten englischen Pressekollegen blieb wirkungslos. Die amerikanische Regierung tat keinen Schritt zum Schutze ihres Staatsangehörigen. Staatssekretär Coghlin in Washington leugnet zwar, daß die Ausweisung „aus Ansehen aus Amerika“ erfolgt sei, wie der englische Konsulbeamte Mr. Costello erklärt hatte, behandelt aber die ganze Angelegenheit verächtlich und ausweichend. Daraus schließen auch nichtsozialistische Blätter, wie die liberale „Nation“, daß „etwas faul ist im Staatsapparat“. Diese Ansicht wird noch durch einen seltsamen „Zusatz“ gestützt. 18 Stunden vor der Verhaftung Costellos wurde ein Einbruch im Chicagoer Bureau der „Federated Press“ verübt und die gesamte Korrespondenz zwischen Costello und Amerika gestohlen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die wachsende Bedeutung der „Federated Press“ von arbeiterfeindlicher Seite scharfen Augen angesehen wird, und man geht wohl nicht fehl, hier enge Zusammenhänge anzunehmen, zumal schon früher versucht wurde, den „F. P.“-Nachrichtendienst zu verhindern. Demnach wände man das im Interesse gegen unliebsame Leistungen bewährte Mittel gegen die „Federated Press“ an: man ließ sie durch den Generalpostmeister, der eine Art Zensurrecht ausüben kann, einfach von der Verbreitung ausschließen. Durch Gerichtsentscheidung wurde die Zulassung jedoch erzwungen.

Die bayerische Front.

Aus München wird uns geschrieben:

Wenn die bayerische Koalitionsregierung beim Jahreswechsel eine Bilanz ihrer Tätigkeit seit Mitte März 1920 aufstellt, so ergibt sich für ihre Gesamtpolitik ein untröstliches Defizit. Die Großmannsicht noch einer eigenen, im Widerspruch zur Reichsverfassung stehenden auswärtigen Politik, hat in der Entwaffnungsfrage der Einwohnerwehr das Reich und Bayern in eine unhaltbare Situation gestürzt. In München verfuhrte man, wie die Weigerung der Landtagsmehrheit, dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion zu willfahren und eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten herbeizuführen, gezeigt hat, in letzter Stunde die Verantwortung für die bayerischen Dummschheit auf das Reich abzuwälzen. Aber es ist der Fluch politischer Dummschheit, daß sie fortwährend neue Gebären müssen. So gibt der Wiederweierer Escherich die inoffizielle Parole aus, und die bayerischen Nationalgardisten brüsten sich öffentlich damit, der Entwaffnung der Einwohnerwehr Gewalt entgegenzusetzen. Wie sie sich das in der Praxis vorstellen, gehört zu den Geheimnissen der bayerischen Vandalen-Hand-in-den-Mund-Politik. Bayerisch-französischer oder Krieg gegen eine Reichsrefolutionsarmee?

Das bayerische Regierung und bürgerliche Parteien in der Einwohnerwehrfrage wie der Fuchs im Honigschein, so winkt ihnen doch ein schwacher Hoffnungsschimmer aus dem bisher in so „Außerdenklichem“ (Heims Lieblingswort) Töne verkündeten Preußen. An den Ausgang der preussischen Landtagswahlen kommt sich die bayerische Reaktion, wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm! Sie kalkuliert in durchsichtiger Weise so: Erbringen die preussischen Wahlen ein ähnliches Ergebnis wie die bayerischen vom 6. Juni, dann wächst sich die bayerische Ordnungsmasse zu einem die Reichspolitik maßgebend beeinflussenden Organismus aus. Dann bewahrt sich, was das rückwärtliche Wiederweierertum, verkörpert in den Personen Escherich, Rahr und ihrer Gefährten, wie die halboffizielle „Bayerische Staatszeitung“ vor kurzer Zeit prophezeite, daß „nach ewigen geschichtlichen Gesetzen“ ... „sich gegenwärtig der politische und vielleicht auch der kulturelle Schwerpunkt des Deutschen Reiches vom nördlichen Norden nach dem bayerischen Süden verschoben hat“. Dementia politica als Frucht eines enastirigen Partikularismus und der Unfähigkeit bayerischer Staatsmännchen, über seine Rollenpfe hinaus politische Dinge beurteilen zu können. Das offenbarte sich am drastischsten am 7. November 1918, als wenige Stunden vor Ausbruch der Revolution im maßgebenden Finanzauschuh des damaligen Landtages eine lange Debatte darüber stattfand, ob militärische Ehrenbezeugungen auch im Straßenbahnwagen erwidert werden müssen. Und eine halbe Stunde vor der Erstürmung der Münchener Kasernen beweihele der Minister des Innern Brettreich noch im Landtage den Ernst der Situation.

Inzwischen hat die Bayerns Politik bestimmende Bureokratie „nichts gelernt und nichts vergessen“. Die Volksstimmung ist ihr heute so unbekannt wie damals, trotz oder richtiger infolge ihres über das ganze Land verbreiteten politischen Spindel- und Vigilantenapparates! Er sorgt unter den dummen Händen eines Böhner für eine beständige falsche Information der Regierung. Sie baut sich auf den Wochenberichten der Distrikts-polizeibehörden auf, denen ein vorgeschriebenes Schema zugrunde liegt, nach dem Herr Böhner dann seine für die Regierung zur Beurteilung der „Volksstimmung“ maßgebenden Berichte fabriziert. Er liefert sie nicht nur den Ministerien und Kreisregierungen, sondern auch den Unternehmern großer Betriebe, damit auch sie über die „Volksstimmung“ im Sinne der Reaktion „richtig“ informiert sind. Auf solcher Grundlage beruht dann die Rechtfertigung ausnahmegesetzlicher Maßnahmen wie die „Vereinbarung“ der Staatskommissare gemäß der unter der Regierung Hoffmann erlassenen Verordnung vom 4. November 1919. Sie war damals eine Notwendigkeit, zugleich aber ein Fortschritt gegenüber dem noch bestehenden kriegsgesetzlichen Zustande. Da sie seit drei Vierteljahren außer Anwendung gekommen war, dachte eigentlich niemand mehr an ihr Bestehen. Deshalb beantragte die sozialdemokratische Fraktion Anfang Dezember ihre Aufhebung, die jedoch von der bürgerlichen Mehrheit geschlossen abgelehnt wurde. Als ein Akt politischer Verfidie ist es anzusehen, wenn trotzdem die durch die „Vereinbarung“ der Staatskommissare bewirkte Erdrosselung des verfassungsmäßigen Versammlungsrechtes der Sozialdemokratie zugeschieben wird, obgleich an dem Zustandekommen der Vereinbarung auch fünf bürgerliche Minister beteiligt waren. Der Zweck ihrer Neubekleidung besteht in einer jähren Ueberwachung politischer „Wanderredner“, soweit sie nicht zur Schutztruppe der Böhner-Rahr-Regierung gehören.

So läßt die Bilanz der Rahr-Regierung auf dem Gebiete der äußeren wie der inneren Politik mit einem ungeheuren Fehlbetrag ab. In den neun Monaten ihres Wirkens hat sie von ihren Versprechungen nichts eingelöst als „die eilige Fertigstellung einer Beamtenbesoldungsordnung“ und ihren „vollen Einfluß mit Reichswehr, Polizeiwesen und Einwohnerwehr“. Dagegen haben sich die anderen am 18. März 1920 verkündeten Beiträge der jetzigen Koalition in ihr völliges Gegenteil gekehrt. Der „rücksichtslose Kampf gegen die schlimmsten Volksfeinde wunderlicher Gewinnanbahnung“ steht auf dem Papier und „die sparsamste Ordnung unseres Staatshaushaltes“ ist eine hohle Phrase geblieben. Denn nicht nur weist der Gesamthaushalt infolge der Mehranforderungen aller Ressorts an Beamten ein Defizit von nahezu 800 Millionen auf, der Treuhänder eines „ordentlichen Staatshaushaltes“ ging mit seiner Verigerung der Aufhebung des Ministeriums des Innern seinen Kollegen sogar mit schlechtem Beispiel voran. Nun will er auch noch an den ehemaligen Höfen der deutschen Könige Gesandtschaften errichten!

Am wenigsten gelang der reaktionären Koalition „die Einheitslichkeit des Staatswillens“ und die Wiederanfristung der „schwer erschütterten Staatsautorität“. Niemals war sie schwerer erschüttert als unter der Regierung Rahr. Kein Mensch, selbst launfromme Zentrumsanhänger und agrarische Bündler nicht, kümmert sich um ihre Verordnungen, wovon der Landwirtschaftsminister ein erbauliches Lied singen könnte. Man kann daher sagen: in Bayern herrscht der Polizeiknüppel und der bürokratische Geist der vorrevolutionären Zeit, gemildert durch die Anarchie der bürgerlichen und Kleinbürgerlichen Klassen. Aus diesem Zustande erklärt sich das Bedürfnis der neuen Koalition nach kommunistischen Verschwörungen und Putschversuchen, das Herr Pöbner zu seinem Schmerze bis jetzt noch nicht befriedigen konnte. In seinen krankhaften Bemühungen, „Besatzungszustände“ zu konstruieren, kam es dem bayerischen Stieber nicht darauf an, den Ministerpräsidenten vor aller Öffentlichkeit durch die Bekanntgabe eines gefälschten Berichtes über einen kommunistischen Aufstandsplan im Plenum des Landtages zu blamieren.

Denn die Zeit drängt zu Rettungsversuchen. Das System Rahr-Pöbner-Roth kann jeden Tag in die Luft fliegen, es bedarf dazu nur eines schwachen Windstoßes. In der Kunst, in 9 Monaten total ohnmächtig zu sein, hat es sich als Meister erwiesen. Wenn es noch nicht zusammenbrach, so hat es dafür dem Hahnlein der schwankenden 13 Demokraten — bayerische Ausgabe! — zu danken. Auf diesem schwachen Balken balanciert die Regierung Rahr. Und nur aus ihrer unbaltbaren Stellung sind ihre Sehnsüchte nach einer Beteiligung der Sozialdemokratie an dieser Regierung zu begreifen. Wie gern hätte sie ihre verfassungsmäßige Scheinheiligkeit, ihre reichsfeindliche Haltung, ihre vorwärtsstrebende Innenpolitik unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie verborgen. Aber an der gradlinigen und ehrlichen sozialdemokratischen Politik, die der mit dem Namen Rahr gedeuteten Reaktion offen gegenübersteht, wird, früh oder spät, ein System scheitern, das nicht nur mit dem Zeitgeist schindluder treibt, sondern auch mit den veralteten und Kleinlichen Mitteln der Unwahrscheinlichkeit das Schicksal des deutschen Volkes bestimmen möchte. Die vor 9 Monaten von der Regierung proklamierte „Front der treuen ehrlichen Arbeit“ hat sich von Anfang an als eine Kampfstellung aus dem Hinterhalt gegen Reich, Demokratie und Sozialismus erwiesen.

Der Gaudorfer-Prozess. Im Münchener Gaudorfer-Prozess wurde die Beweisführung nach gehen zu Ende geführt und die Verurteilung der Entscheidung bis zum 18. Januar vertagt. Die Beweisführung gestaltete sich für Gaudorfer nicht ungünstig. Er erklärte am Schluß, daß er sich seiner Vermögensverschleppungen schuldig gemacht habe.

Aufblick!

So um die Zeit nach Arbeitsloß. Rasse Strahlen mit tausenden Lichtreflexen. Unerwartlich stürmender Winterregen. Menschen treiben durcheinander. Paßpaß-paßpaß, ins-tras durch den Straßen-schlepp. Vor einer Wohnhauskette ins-welt es sich zusammen. Ein gähnendes Loch schludert die tagewermüden Massen in sich hinein. Treppen auf. Vorhölzung braucht in die Halle, steht, fängt auf, was er noch an Menschen verdrängt, rollt geräuschlos weiter. Düstere Abteil. Voll mit Beerdigungsmenschen. Sagen, stehen. Keines spricht. Stolz? Faul? Müdel Müde nach acht, zehn, zwölf Arbeitstunden. Starrer, lebloser Bild, schmale Wangen, scharfe Rosten in den Mundwinkeln und goldliche den Augen. Nase, ritzige Hände, schlechte Kleider. Der Wagen stöhnt. Abstrichlich, einschläfernd. Vide Luft. Das Licht an der Decke blinkt. Regen streicht schief die Fenster herab. Es farrt wie in einem Teleskop. Blühdich. Müd! Gud! Licht! Das flüschert und jubelt! Ein Auck geht durch den Raum. Belobend, wie Sonne. Ein kleines Menschenkind drückt erschrocken sein Gesicht in die Brust einer Frau. Die lächelt. Andere Frauen und — lächeln mit. Vergessen ist die Müdigkeit. Licht! Sonne! Daheim wartet auch so ein Viebes, Meines. Der Raum hat ein anderes Gesicht bekommen. Was ist's. Das Meines. Müd! Gud! Licht! Sonst nicht. Und schämt sich. — Zug hält. Beert sich. Wir eilen heim. Frisch, als ging's erst an die Arbeit. Der Regen klatscht auf Kopf und Gut. Tut nichts. In und singt es noch lange mit: Müd! Gud! Licht! Das kam zur rechten Zeit!

Aus Defreggers Leben. Von Defregger erzählt G. Roth allerlei Interessantes in den „Münchener Neuesten Nachrichten“. Als Defregger zum ersten Male Pilatus großes Gemälde „Aero und das brennende Kom“ sah, ging ihm, wie er selbst sagte, „eine neue Welt auf“. Der Gouverneur aus Völsch bei Trient im Südtirol war ursprünglich nach Innsbruck gekommen, um sich auf die Wildschützenerei vorzubereiten. Sein dortiger Lehrer Michl Stolz erkannte Defreggers besondere Veranlagung für das Malen und brachte ihn nach München, wo er schon auf der Hochschule zur Akademie durch seinen zielbewußten Fleiß und seine unerschütterliche Ruhe die anderen in Erstaunen setzte. Gleichmäßig und beharrlich, so erzählt Alex Kraun in „Münchener Silhouetten“, sah der lange Knevel früh und spät an der Staffelei, pinxelte in einem fort, brach nicht zu übermalen und nichts abzutragen, arbeitete langsamer als die anderen indogemut und war am schärfsten fertig mit einem Bild, an dem es nichts zu nörgeln und zu mädeln gab.“

Anfangs der siebziger Jahre hatte Defregger im Kunstverein das Bild „Der Ball auf der Alm“ ausgestellt. „Von der Goldfeligkeit dieser Kunst ergriffen“, so schreibt Alois Woblmuth in seinen Selbstbildnissen „Ein Schauspielersleben“, „trieb es mich,

Der gekränkte Hugo.

Einem großen Erfolg kann einer der Führer der Reichensprengerpartei, der deutschsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo auf sein Konto buchen. Wegen formaler Verleumdung wurde am 5. Januar von dem Schöffengericht Bielefeld der verantwortliche Redakteur der Bielefelder „Volkswacht“ zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt.

Der Prozeß, den der Abgeordnete Hugo mit so glänzendem Ausgange geführt hat, stammt aus der Zeit des Wahlkampfes für die letzten Reichstagswahlen. Damals hatte die „Volkswacht“ sich mit den bekannten engen Beziehungen des Abgeordneten Hugo zu dem Verband Dortmüder Leder-Großhändler beschäftigt. Der Angeklagte hatte dem Gericht ein sehr umfangreiches Material über die finanziellen Beziehungen des Dr. Hugo zu dem Lederinteressenverband unterbreitet, ein Bild, das sich abschließend folgendermaßen zusammenfassen läßt: Durch die gesamte Presse ging seinerzeit die Notiz des „Berliner Tageblatts“ über die Vergabe der Wahl-gelder an den Privatklub seitens der Leder-großhändler. Diese haben durch die parlamentarische Tätigkeit e normal private Erfolge erzielt.

Das Gericht sah jedoch in den in der Notiz gebrauchten Ausdrücken „faßlos bekannter Demagoge“ und „Leberschleier“ eine über den Schutz des § 193 hinausgehende Verleumdung als vorliegend an und verurteilte den Angeklagten zu der obigen Geldstrafe von — zehn Mark! Herr Hugo wird seine ungemischte Freude an diesem Urteil haben.

Sozialisierungsgesetze.

Aus Baden wird uns geschrieben: Am „Vorwärts“ berichten Sie unter der Überschrift: „Sächsische Sozialisierungsgesetze“ über das von der Sächsischen Volkswahlversammlung beschlossene Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken. Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, daß nicht Sachsen, sondern Baden das Prioritätsrecht hat, diese Materie gesetzlich geregelt zu haben. Das badische gleichnamige Gesetz ist schon von der badischen Nationalversammlung am 15. April 1919 erlassen worden. Das badische und sächsische Gesetz sind nicht nur gleich in der Weberschrift, sondern sie stimmen auch im Inhalt wörtlich überein. Das soll natürlich kein Vorwurf gegen Sachsen sein; es wäre im Gegenteil zu wünschen, daß das badische Beispiel auch in den übrigen Ländern nachgeahmt würde. Gerade das im Gesetz enthaltene Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand ist in zahlreichen Fällen in Baden zugunsten der Gemeinden und sonstiger öffentlicher gemeinnütziger Körperschaften ausgeübt worden. Das Gesetz hat nur einen Fehler: es kann zu leicht umgangen werden und verliert dadurch an seiner Schärfe; ein Weg, die Umgehungs-möglichkeiten zu verbarabarieren, ist leider noch nicht gefunden. In Baden wird jetzt bei der bevorstehenden Neufassung der Versuch gemacht werden, die Umgehung durch den Zwang zu eidesstattlichen Angaben des Veräußerers und Erwerbers zu verhindern.

Die gebremste Schnecke.

Im „Hirn“-Verlag hat Genosse Erwin Barth eine Broschüre erscheinen lassen: „Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Mahnungen und Bedenken.“ Barth will zwar die sozialistischen Ideale nicht aufgeben, denn das „würde die Verzichtleistung auf die Höherentwicklung der Menschheit“ bedeuten, meint aber dann, es sei nötig, „in der ganzen Sozialisierungsfrage verdammt kurz zu treten“. Der weitere Inhalt der Broschüre beschäftigt sich dann nicht mehr mit sozialistischen Idealen zur Höherentwicklung der Menschheit, sondern nur mit Mahnungen zu der empfohlenen verdammt kurzgetretenen. Zum Schluß empfiehlt Barth eine vorläufige Sozialisierung „im Sinne des deutschen Genossenschaftswesens“ als „das Realisierbare und Befürderbare“; er kommt damit vor lauter Bedenken schließlich, wenigstens in der Theorie, zu einer mehr syndikalistischen als sozialistischen Formel. Wir müssen dem Genossen Barth erwidern: Gätten wir keine andere Frage als die, daß in Deutschland bei dem gegenwärtigen Arbeitsverhältnis zu heftig sozialisiert werden könnte, so sollte nichts den Schlaf unserer Nächte stören. Es mag sich ja auch auf-

einem Wagen, der mit 0,01 Geschwindigkeit die Stunde fährt, immer noch einen finden, der meint, er ginge viel zu schnell. Aber doch ein um die Höherentwicklung der Menschheit besorgter Sozialist dies tut, ist einigermaßen erstaunlich.

Die Aktion der Partei ist doch wahrlich nicht von sozialpolitischen Springinsfeldern und bolschewistischen Drauflossozialisierungen eingeleitet, und es ist nicht wohlgetan, sie durch bedauerliche Bedenkschreibereien zu fäulen!

Seine Hoheit und der Kommunist.

Der Kommunist August Merges, in den ersten Reduktionstreffen Präsident des Reichsausschusses Braunschweig, hat bekanntlich die in seinem Besitz befindliche Abbildungsurkunde des Herzogs diesem zum Rückkauf angeboten, um ein Privatgeschäft zu machen. In dem Brief, den er zu diesem Zweck an Geheimrat Knoke, den Verwaltungschef des Hauses Cumberland, gerichtet hat, findet sich auch nach Mitteilung der „Freiheit“ die bezeichnende Wendung: „Ich hoffe, Seiner Hoheit einen nicht vergeblichen Dienst zu leisten.“ Denn der deutsche Patriot Merges will mit diesem Angebot nur verhindern, daß er etwa gestungen wäre, die Klunde an das Ausland zu verkaufen! — Wir nehmen nach dieser Probe an, daß die Unterschrift des Briefes gelautet hat: „Ew. Königlichen Hoheit untertänigster Kommunist August Merges.“

„Die große Vergangenheit“.

Der Erlaß des preussischen Unterrichtsministers Genossen Haenisch über die Schulfeier am 18. Januar hat in der nationalstiftischen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Wie gern hätte man diesen Tag dazu benutzt, um auf Kosten der Republik die Herrschaft der Monarchie und insbesondere die glorievollen Taten der Hohenzollern zu feiern. Die reaktionäre „Kreuzzeitung“ schreibt:

Beim 18. Januar denkt ein jeder sofort an die Kaiserkrönung in Versailles, an den großen König Wilhelm und die ihn umgebenden deutschen Fürsten und Palatine, an Bismarck, Moltke, Roon usw. Der amtliche Erlaß über darf Erinnerungen jetzt so peinlicher Art nicht wecken; er hebt am mit folgenden Worten: „Am 18. Januar sind fünfzig Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen haben.“ Gewiß, die deutschen Stämme; aber doch erst durch die Taten der großen Männer der monarchischen Zeit, die die heutigen Keime des Reiches totschweigen machten.

Es kann niemand daran gehindert werden, am 18. Januar an Wilhelm I., an Bismarck, Moltke und noch manche andere zu denken. Die „Kreuzzeitung“ sollte aber vorsichtig genug sein, nicht durch die zu starke Unterstreichung der „Grostaten“ des preussischen Königs unliebsame Erinnerungen an ganz andere Dinge zu erwecken: an den Widerstand nämlich, der seitens des großen Hohenzollern gegen die Einigung des Deutschen Reiches geleistet wurde, an die jahrelang andauernden Veruche, Preußen auf Kosten des Reiches zu vergrößern und endlich an die gewalttätige Unterdrückung jeder freiheitlichen Einigungsleistung, die man schon im Jahre 1815 und erst recht nach dem Sturmsturz von 1848 hätte haben können. Ob solche Erinnerungen der „Kreuzzeitung“ sehr erwünscht wären?

Eine Botschaft Konstantins.

Athen, 7. Januar. In einer Botschaft an die Kammer spricht König Konstantin von der tiefen Dankbarkeit, die das gesamte Griechentum den Alliierten für ihre Unterstützung schulde. Die Botschaft spricht dann von den für die Entwicklung des Landes notwendigen inneren Reformen und blickt weiter die Heberzeugung aus, daß der Hellenismus mit Begeisterung und großer Sicherheit den Kampf in Kleinasien durchzuführen werde. Der Hellenismus sei fest entschlossen, lokal mit den alliierten Mächten zusammenzutreten, um ihr Vertrauen zu gewinnen und bessere Beziehungen zu ihnen herbeizuführen. Weiter behandelt die Botschaft die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Serbien und die Heiratprojekte, die die Herrscherfamilien in Griechenland und Rumänien eng miteinander verknüpfen sollen.

bewegen. Filme aus der naturwissenschaftlichen Praxis, etwa aus der Schädlingsbekämpfung, aus der Fischerei oder der Tierzucht könnten die Jugend auflären über den volkswirtschaftlichen Nutzen der angewandten Naturwissenschaften. Dem biologischen Lehrplan bieten sich so nach allen diesen Richtungen unbegrenzte Möglichkeiten.

Das Papiergeld ist zu groß. Warum machen wir unsere Mark-scheine so groß? Unsere Mark-scheine sind viel zu groß, sie werden deshalb meist zweimal gebrochen und müssen sich daher außerordentlich schnell ab. Als in den achtziger und neunziger der neunziger Jahre Noten mit Papiergeld überhandnahmen war, waren die Mark-scheine nur so groß wie die gewöhnlichen Kupons unserer Wert-papiere und konnten deshalb ungefallen in die meisten Geldbeutel eingeklemmt werden. Es würde eine Ersparnis bedeuten, wenn wir die 1- und 2-Mark-Scheine auf ein ähnliches Format verkleinern würden. Die 5-Mark-Scheine könnten dann so groß werden, wie die Mark-scheine waren, und die 10- und 20-Mark-Scheine so groß wie die 5-Mark-Scheine. Auch dann noch kann die Fälschung eben-sogar erschwert werden wie beim jetzigen Format. Die Kupons haben sogar auf festem Papier gedruckte Briefmarken als Geld ausgegeben. Da die Mark nicht einmal 10 Bsp. mehr wert ist, wäre es gut, wenn sie auch in ihrer Form depossidiert würde.

„Für den nächsten Krieg.“ Unter diesem Titel veröffentlicht die „Daily News“ die folgende Salire: „Ein Franzose hat soeben ein Geschütz erfunden, das eine Reichweite von 210 englischen Meilen hat. Wenn der nächste große Krieg kommt, so werden wir sicherlich davon mehr erfahren. Diese genialen Leute, deren naturwidrige Leidensdurst dahin geht, möglichst raffinierte neue Wege der Rötung zu erfinden, sind für den Weltfrieden fast ebenso gefährlich wie irgendeine chauvinistische Regierung. Auch sonst hört man von neuen Todesmaschinen, die verschiedene Regierungen, wenn sie auch noch so positivität tun, geradezu hypnotisieren. So wird berichtet, daß man gute Fortschritte in Amerika mit der Herstellung neuer giftiger Gase gemacht hat. Diese neue Erfindung soll nach dem Bericht imstande sein, wenn alle ihre Möglichkeiten ausgenutzt werden, einen ganzen großen Bevölkerung mit einem einzigen Hauch das Lebenlied auszulösen.“

Vortragabend. Einem Herrn Abend veranstaltet Ludwighardt am 8. Januar im Reiteraal. — Am Saal der Berliner Gesellschaft spricht an vier Abenden Dr. Etiennehofer Dichtungen von Stefan George. Der zweite Abend am 10. Januar bringt die Dante-Verlesung.

Erster Abend. Die Böhmermächte müssen sich wie die Herrgötter vornehmen. Die Klatsch- und Nichtsklarheit hat ihre Höchstleistung so herab, daß das allernächste Zeug von ihnen der Mittel vorgelegt wird. Hat da irgend jemand behauptet, die Tücken einer Fimbia seien nicht leicht zu erraten. Bums kommt eine Verleumdung von ihrem Partner, daß es (eine deutsche Analyse könnte es besser bezeichnen) wohl fünf eckte Zähner aus Salz und Wasser bestehend gewesen sind. Warum verwirrt die geschäftliche Welt so smarte Presse diese Chosen nicht dahin, wozu sie gebären: in den Reklametell.

Er darf nicht singen. Curotus Erkrankung scheint doch ernst zu sein, als es die ersten Nachrichten vermuten ließen. Die ihn behandelnden Ärzte haben erklärt, daß er vor Ablauf eines Jahres seine Gelangungsfähigkeit keinesfalls wieder aufnehmen dürfte.

den „neuen Mann“ kennen zu lernen.“ In einem älteren Hause der Blumenstraße hieß ich vier oder fünf Treppen und wurde in einen kleinen Verließ geführt, der sich den Namen Welker besaß. Hier sah ich in einem Reihstuhl ein an beiden Füßen gefesselter: Defregger. Welch erschütternder Gegensatz: Geluntheit, Freude am Leben und Schaffen im Klaffschönen Antlitz — und die Füße Blei, wie tot! Und dennoch, just damals in dieser Rücksicht und obgleich durch sein Leiden wie gefesselt, malte Defregger seine schönsten Bilder, unter anderem sein wie vom Genius seines Landes Tirol diktiert prächtiges „Letztes Aufseher“. An seiner Seite stand ein achtzehnjähriges Mädchen mit blühenden Farben wie die Jugend selbst. Es war die Tochter seiner in ärmlichen Verhältnissen lebenden Hausleute. Vor zwölf Jahren hatte er bei ihnen Wohnung genommen, sich in ihren sechs-jährigen, bildhübschen Frauen verlobt, ihn aufzuziehen, auf seine Kosten lernen lassen, um ihn später zu heiraten.

Defreggers Heilung gelang in seiner Heimat seinem Landmann, dem „Bauernhoffer“ Wastler, in zwei Wochen, und zwar durch ein Mittel aus Bitterkeit. Es handelte sich hier um den in der medizinischen Wissenschaft als Korpulenz bezeichneten Baumschimmel, der in einer starken Schädigung besteht. Es wird ein kleines, mit zahlreichen Nadeln versehenes Instrument angewendet, in die Wunden wird Öl eingetrichtert, wodurch Entzündungserscheinungen mit Fieber hervorgerufen werden, also eine neue Krankheit, durch die die andere vertreiben werden soll. Der Bauernhoffer Wastler von Felsberg hatte Defregger, als er in Bogen Veränderung seines Leidens suchte, diese „Koktur“, von der mir der Meister selbst einmal erzählte, gegeben — und sie half. Sein ernsthaftes Leiden suchte den Künstler wieder heim, der trotz eines jarten Aussehens sich eine außergewöhnliche Widerstandsfähigkeit bis ins hohe Alter bewahrte.

Der biologische Lehrplan. Biologie, die Lehre vom Leben, und der Film, das lebende Bild, gehören zusammen, und wohl nirgends bietet sich eine solche Fülle von Material, dessen Aufnahme ein Bildmaterial schafft, das den naturkundlichen Unterricht erst recht anschaulich zu machen vermag. Prof. Dr. Walter Schoeniden, Berlin, weist in der Zeitschrift „Film und Wissen“ darauf hin, daß der biologische Lehrplan in erster Linie solche Szenen sich zum Vorwurf nehmen sollte, deren Beobachtung in der Natur dem Schüler selbst kaum möglich ist. Bildern aus der heimischen Natur würde dabei besonders der Vorzug zu geben sein. Bildern aus dem Jagdleben etwa, wie der Darstellung von Wildschweinen, die, in der Suche wühlend, mit ihren Hauern den Waldboden durchspüren und mächtige Baumwurzeln losbrechen; auch die Vorkunde bietet hier der reichhaltigen Tausenden eine Menge, das Leben auf dem Meeresboden nicht minder. Denken wir an die Aufnahme etwa, wie die Feldlerche im verlebten Reifchen im Raus die hundertigen Schwärme ihrer Jungen befruchtet, oder wie die Sezunge mit schlängelnden Bewegungen schwimmt und bis zum völligen Verschwinden in den Sand des Meeresbodens sich einnistet. Auch Bilder aus dem Leben menschlicher Parasiten wären lehrreich, zum Beispiel wie die Trypanosomen, die Erreger der Schlafkrankheit, sich in der Blutflüssigkeit

Groß-Berlin

Gegen den Kadau.

Die Vorgänge in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung haben nun endgültig den Nachweis über die Notwendigkeit der Einführung von Tribünenarten erbracht. Es hat sich gezeigt, daß die in der letzten interfraktionellen Besprechung abgegebenen Erklärung des kommunistischen Vertreters, er wolle sich mit seinen Parteifreunden dafür stark machen, daß die Beratungen durch Anhänger seiner Richtung nicht gestört werden, nur einen sehr platonischen Charakter hatten. Die Kommunisten hatten gestern wiederum einen gewissen Stimm nach der Stadtverordnetentribüne beobachtet, einen Stamm, auf den sie allerdings nicht stolz sein können. Denn wer die geradezu siegelhaften Ausdrücke, deren sich dieses Tribünenpublikum gegenüber der Stadtverordnetenversammlung bediente, hörte, wußte, daß es nicht in die Reihen des gesuchten sozialistischen Proletariats gehört. So betrug sich kein Arbeiter, der durch die Schule der Organisation gegangen ist. Und von diesen Elementen darf sich eine Stadtverordnetenversammlung nicht beschimpfen lassen.

Wenn die Herren Kommunisten die Geister nicht mehr los werden konnten, die sie gerufen hatten, so wird nunmehr Vorsorge zu treffen sein, daß die Tribüne der Stadtverordnetenversammlung fortan nicht mehr die Stätte eines auf unfähige Nebenbarten eingestellten Publikums ist. Daß der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung von der Anwendung der Gewalt zur Räumung der Tribüne Abstand nahm, wird ihm durch die „Rote Fahne“ heimgezählt, die in ihrem Bericht von einer Flucht der Stadtverordnetenversammlung vor der Tribüne spricht. Das Wort stellt ausdrücklich fest, daß die Tribünenbesucher in der großen Mehrheit aus Elektrikitäts- und Untergrundbahnarbeitern gebildet waren. Diese Feststellung ist bemerkenswert. Wie hätte die „Rote Fahne“ geschrieben, wenn der Stadtverordnetenvorsteher von seinem Posten, die Tribüne gewaltsam räumen zu lassen, Gebrauch gemacht hätte.

Stolz können die Kommunisten auf den gestrigen Tag wirklich nicht sein. Wer glaubt, daß durch ein solches Treiben die Arbeiterbewegung gefördert wird, irrt. Arbeitervertreter, die ein großes Ziel erreichen wollen, dürfen sich nicht wie politische Handwerker bewegen, wie das bei der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zum Gaudium der bürgerlichen Parteien seit ihrem Auftreten der Fall ist.

Die Tribünenarten.

Wie das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin mitteilt, wird der Besuch der Tribünen der Stadtverordnetenversammlung künftig nur solchen Besuchern gestattet sein, die sich im Besitz einer Tribünenkarte befinden. Den Fraktionen wird eine entsprechende Anzahl dieser Karten regelmäßig alle Woche einmal zu den Sitzungen zugehen. Es ist geboten worden, etwa nicht verwendete Karten rechtzeitig zurückzugeben. Die Rathausförderer sind gebeten, von 8 Uhr ab nur solchen Personen den Zutritt zum Rathaus zu gestatten, die sich als Stadtverordnete ausweisen oder sich im Besitz einer Tribünenkarte befinden.

Die „Freiheit“ gibt über die turbulenten Szenen nach Unterbrechung der Sitzung die folgenden interessanten Schlaglichter:

Die Zuhörer, meistens Kommunisten, machten keine Miene, die Tribüne zu räumen, sondern riefen: „Hierbleiben, hierbleiben!“ Ein mit dem Sowjetstern geschmückter Besucher rief: „Los, hinunter, wir holen uns gleich den Hirsch heraus, was wollen sie uns machen?“ Ein anderer schrie in den Saal: „Ihr braucht keine Angst zu haben, wir arbeiten jetzt umsonst, ihr könnt dann für zwölf freffen, ihr Stroiche und Holunken!“ „Schlagt den Juden tot!“ Der Rednerauskunft zog sich, da die Zuhörer keine Miene machten, die Tribüne zu räumen, zu einer Sitzung zurück. Nun wurde der Tribüne die Zeit zu lange und einzelne Zuhörer sangen die „Internationale“. Den Redner sangen die andern Zuhörer mit. Als das Lied zu Ende war, schrie ein furchtbares Geschimpfe und Gebrüll ein. Die Bezeichnung „Schweinehund“

war das geflügelte Schimpfwort, mit dem diese sonderbare Sorte von Massenlumpen die im Saal verbliebenen Stadtverordneten bombardierte. Der Stadtverordnete Leupold (S.P.D.) verteidigte sich die Zeit nach Schusterjungenmönier und piff sich laut einige Gassenhauer vor.

Als sich die Tribüne etwas beruhigt hatte — sämtliche Stadtverordnete bis auf die Kommunisten hatten den Saal verlassen — sangen sich auch die neugeborenen kommunistischen „Stadtveräter“ die „Internationale“ vor. Nun war der Konflikt zwischen Tribüne und Saal hergestellt.

Ab. Hoffmann sagte den Tribünenbesuchern, daß wenn erst die Kommune da sei, sie dann im Saale sitzen würden. Kawrocki (S.P.D.): Leupold hat am Präsidium schon den Platz für den Sowjetstern ausgesucht.

Nun machte ein Tribünenbesucher gegen die Pressevertreter scharf. Wenn diese Lügenhebel nicht mehr wären ständen die Arbeiter anders da. In erster Linie müßte man den

Pressevertretern die Tade vollhauen.

Schindler (S.P.D.) rief davon ab, denn die Pressefreiheit würden kein Geld mehr verdienen, wenn sie keine Lüge-Verdächtigungen schreiben.

Kawrocki erklärte dann die „Fraktionsstimmung der Kommunisten“ für geschlossen.

Zwanzig Jahre „Kommunale Praxis“.

Mit ihrer lehrstufenreichen Nummer hat die „Kommunale Praxis“ den zwanzigsten Jahrgang abgeschlossen. Sie hat als Organ für Kommunalpolitik und Gemeindeforschung unserer Partei gute Dienste geleistet. Sie hat ihren Zweck immer erfüllt, das Verständnis und Interesse für Aufgaben der Gemeinde zu verbreitern und zu vertiefen. Auch der nun vollendete zwanzigste Jahrgang wieder wie seine Vorgänger eine Fülle von kommunalpolitischen Wissen. Allein die Artikel dieses Bandes behandeln folgende Fragekomplexe: Staats- und Gemeindeverwaltung und -verwaltung, — Finanz- und Steuer-, Ernährungs-, Siedlungs- und Wohnungs-, Verkehrs-, Schulpolitik, — Armen-, Wohlfahrts- und Fürsorge-, Erziehungs-, Bau-, Polizei-, Feuerlösch-, Versicherungs-, Gastpflicht-, Gerichts-, Gesundheitswesen, — Gas- und Elektrizitätswirtschaft, — Verwaltungsgeschichte, — Sozialisierung und Kommunalisierung, — Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenrecht, — Betriebsrätegesetz, — Beförderungsfragen, — Erwerbslosen- und Kräfteförderungs-, Berufsberatung, — Wahlrecht, — Wiedereingliederung u. a. m. Hierzu kommt das unter „Mitteilungen“ gegebene Material aus allen nur denkbaren Gebieten des kommunalen Lebens. Von den Mitarbeitern am 20. Bande seien einige genannt, deren Namen auch breiteren Kreisen bekannt sind: Prof. Dr. Dieckhoff, Dr. Blum (Reg.-Rat im Württembergischen Minist. d. Inn.), Bruno Vorwardt (Charlottenburg), Alexander Dominick (Berlin-Schöneberg), Dr. v. Dulzig (Reg.-Rat beim preuss. Staatskommissariat zur Vorbereitung der Verwaltungsreform), Henriette Fürtz, R. Hauschildt (M.D.), Paul Hirsch, R. Kuczyński, Paul Oestreich, Curt

Riech (†), Dr. Rabnow (Stadtmedizinalrat von Berlin), Wolf Ritter (Bürgermeister von Berlin), Dr.-Ing. Martin Wagner, Oberbürgermeister a. D. Bermuth. Das Sach- und Ortsregister erscheint auch im neuen Jahre vierteljährlich, um die Vertiefung des in jeder Nummer zusammengetragenen Materials zu erleichtern.

Ein neuer großer Dankbetrug.

Nach Erstfindung von 400 000 M. fällig ist der 27. Jahre alle aus Berlin gebürtige Bankgelehrte Adolf Schimmel, der zuletzt bei einem Hamburger Bankgeschäft angestellt war. Dieses erhielt nun vorgerufen vor einer hiesigen Großbank die Mitteilung, daß auf dem am 4. d. M. bei ihr eingelaufenen Brief hin ausbezahlt die Auszahlung von 400 000 M. erfolgt sei. Das Hamburger Bankhaus aber wußte gar nichts von einem solchen Austrage, forschte weiter nach und erfuhr nun, daß wenige Stunden nach Eingang des Briefes ein Mann erschienen war, der auf zwei Scheide sich obigen Betrag hatte auszahlen lassen. Der Brief und die Quittungen erweisen sich als gefälscht, und als der Abheber des Geldes wurde ihr Bankgelehrter Adolf Schimmel erkannt. Schimmel hatte den Auftrag zur Auszahlung des Geldes von Hamburg selbst an den Berliner Bankhaus geschickt, sich zwei Formulare des Bankhauses angeeignet und während der Feiertage auch die Fahrt nach Berlin gemacht. Hier erhob er den Betrag, der ihm auf die Anweisung aus Hamburg hin auch anstandslos ausbezahlt wurde.

Kircheneinbruch.

In der letzten Nacht brachen Einbrecher in die Friedenskirche in Rottensee ein und entwendeten Altartypische, Altar- und Taufbecken u. a. m. Die Diebe beschmugten obendrein noch den Altarraum. Bereits heute in der Frühe wurden die Diebe in Berlin als der 23-jährige Hermann Riem und der Arbeiter Wichold festgenommen.

Waffensuche am Kurfürstendamm.

Im Westen Berlins wurde am heutigen Vormittag erneut eine Durchsuchung von Häusern nach Waffen veranstaltet. Ein großes Aufgebot von Beamten der Schutzpolizei umstellte um 9 Uhr morgens den Häuserblock, der von dem Kurfürstendamm, Olivoer Platz, Kantener und Brandenburgischen Straße begrenzt wird. Dann erfolgte eine genaue Durchsuchung der Wohnungen. Das Ergebnis der Waffensuche ist noch unbekannt, da dieselbe zur Mittagszeit noch nicht abgeschlossen war.

Der Bochumer Millionraub

beschäftigt noch weiter die Kriminalpolizei. Es ist ihr bereits gelungen, weitere 30 000 M. von der geraubten Summe wieder herbeizuschaffen. Die Räuber Heising und Riech trugen das Geld immer in ihren Koffern mit sich. Diese waren mit großen und meistens kleineren Scheinen bis oben gefüllt. Brauchten sie neue Geldmittel, so griffen sie wahllos in die Koffer hinein und füllten sich die Taschen. Dieses „Handgepäck“ war von einer hiesigen Vermieterin, bei der sie kurze Zeit gewohnt hatten, entwendet worden. Sie betrachtete die Koffer und ihren wertvollen Inhalt als Gemeingut und griff nun auch in diese hinein, wenn die beiden „Kawaliere“ ausgegangen waren. Sie war aber wahlloser als diese und suchte sich nur Tausendmarkscheine aus. Die Kriminalpolizei, die dies bei ihren Nachforschungen erfahren hatte, nahm gestern eine Hausdurchsuchung bei der Vermieterin vor und fand und beschlagnahmte dabei 30 Tausendmarkscheine, die die Frau aus den Koffern genommen hatte.

Anteil an Kosten für Heizung und Warmwasserbereitung. Vom Preussischen Wohlfahrtsministerium wird uns geschrieben: Entgegen anderslautenden Meldungen wird mitgeteilt, daß nach dem Beschluß des Wohnungsverbandes Groß-Berlin der von den Vermietern zu tragende Anteil an den Kosten für Heizung und Warmwasserbereitung ein Drittel beträgt.

Eine Abänderung dieses Beschlusses, die durch den Magistrat Berlin zu erfolgen hätte, ist bisher nicht bekannt geworden.

Fleischversorgung und abnorme Witterung. In eine arge Bedrängnis hat jetzt die Schlächtermeister Potsdams gekommen. Der Magistrat stellt sich auf den Standpunkt, daß die Kühhüllen nicht vor dem 15. April geküht werden können, da das Kühen eine zu große Strapazierung herbeiführen würde. Durch die abnorme Witterung sind auf dem Potsdamer Salachhof Zustände eingetreten, die für die Bevölkerung von großem Nachteil sein müssen. Das Fleisch muß tagelang in ungefüllten Kühen lagern und fällt, wie man sagt, schon vom Haken. Ein sinniges Fleisch, das bekanntlich zur Kühlung der Fässer drei Wochen auf Eis liegen muß, liegt wochenlang im Schlachthaus herum und wird für die menschliche Nahrung ungenießbar.

Die Rentenaktien 1910 der früheren Berliner Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung sollen vernichtet werden. Wünsche auf längere Aufbewahrung sind beim Oberversicherungsamt, Charlottenburg, Berliner Str. 11, binnen vier Wochen anzubringen.

Das Metropoltheater ist nicht, wie ausdrücklich festgesetzt wird, an den neuen Theatertrakt in Wien übergegangen.

Wirtschaft

Oedlanderschließung durch Kanalbau.

Das odenburgische Ministerium des Innern teilt mit: Ein im Auftrage des Staatsministeriums bearbeitetes Projekt einer Kanalverbindung von der Ems bei Dörpen zur Unterweser (Linie Dörpen—Kamp—Odenburg—Eisfeth) ist soeben veröffentlicht worden. Es wird darin der Ausbau des seit Jahrzehnten geplanten Küstenkanals vorgesehen, wobei der vorbandene Hunte-Ems-Kanal benutzt und verbreitert werden soll, während nur ein Stück von 40 Kilometern noch neu zu bauen wäre. Der Kanal erschließt circa 70 000 Hektar Oedland, ermöglicht die Hebung der Schäre an Torf in jenen Mooren und schafft schließlich Siedlungsmöglichkeit für Zehntausende. Vor allem erhält die Unterweser durch ihn die dringend notwendige Kanalverbindung mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Da den Gesamtkosten von 392 Millionen Mark direkte Einnahmen aus dem beim Bau gewonnenen Torf in Höhe von mindestens 120 Millionen Mark gegenüberstehen, sich der Kanal bei niedrigsten Abgabebeträgen unterhalten würde, so bedeutet die Verwirklichung dieses Projektes ein äußerst segensreiches Werk. (Auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung ist die rasche Inangriffnahme des Kanalbaues dringend erwünscht.)

Waggonfabrik Görlitz — Görlitzer Maschinenbau — Rottbuser Maschinenbauanstalt. Die am 6. und 8. Januar abgehaltenen Generalversammlungen der Waggonfabrik Görlitz, Aktiengesellschaft, der Görlitzer Maschinenbau-Aktiengesellschaft und der Rottbuser Maschinenbauanstalt und Eisengießerei, Aktiengesellschaft genehmigten die vorgelegten Verwaltungsverträge, wonach die Waggonfabrik Görlitz, Aktiengesellschaft, die beiden anderen Gesellschaften übernimmt. Die von der Verwaltung der Waggonfabrik Görlitz, Aktiengesellschaft, beantragte Kapitalerhöhung von 12 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark, die Satzungsänderungen, sowie die Abänderung der bisherigen Firma in Waggon- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft Görlitz wurden nach den Vorschlägen der Verwaltung genehmigt.

Märkisches Elektrizitätswerk A.-G., Berlin. Die Gesellschaft kann nach dreijähriger Dividendenlosigkeit die höchste bisher erzielte Dividende von 6 Proz. zur Ausschüttung bringen. Sie erzielte im Geschäftsjahr 1919 nach Abschreibungen in Höhe von 3 406 987 M. (i. V. 552 699 M.) einschließlich 648 M. Vortrag aus dem Vorjahre einen Reingewinn von 796 325 M. (24 147 M.).

Gewerkschaftsbewegung

Demaskierung.

In dem Kampf zwischen freien Gewerkschaften und selbständigen Betriebsrätezentralen um die Erfassung der Betriebsräte ist von letzteren immer ins Feld geführt worden, daß die freien Gewerkschaften die Betriebsräte zu „Organen der Gewerkschaften“ betätigen wollten, während die „selbständigen“ Betriebsrätezentralen die Macht der Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften zu erweitern bestrebt seien. Mit dieser Parole war es tatsächlich vorübergehend gelungen, eine größere Anzahl von Mitgliedern der Betriebsvertretungen zu gewinnen, die in Verkennung der Verhältnisse zusammen mit den selbständigen Betriebsrätezentralen den Kampf gegen die Erfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften führten. Alle Gegenargumente der freien Gewerkschaften, daß es den selbständigen Betriebsrätezentralen nur darum zu tun sei, parteipolitische Tendenzen zu verfolgen, blieb ohne Erfolg, bis endlich der gesunde Sinn der freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten auf dem ersten Kongress der Betriebsräte Deutschlands zum Durchbruch kam und den unheilvollen Zersplitterungstendenzen innerhalb der Gewerkschaften Einhalt geboten wurde.

Nach dem Betriebsrätekongress und insbesondere nach der Spaltung in der U.S.P.D. sind die selbständigen Betriebsrätezentralen immer mehr in den Hintergrund getreten und die parteipolitische Tendenz trat immer unbehälter zutage. Nunmehr ist diese Entwicklung zum Abschluß gekommen. „Der Arbeiterrat“, das Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands, hat sein Erscheinen eingestellt. In der letzten Nr. 51/52 des 2. Jahrganges widmet dieser Entwicklung Ernst Däumig „ein Abschieds- und Geleitwort“. An die Stelle des Arbeiterrates tritt nunmehr „Der kommunistische Gewerkschafter“, der die Aufgabe haben soll, „das Suchen und Forschen nach den geeigneten Organisationsformen, auf Grund deren zunächst die Kontrolle der kapitalistischen Produktion durchgeführt, dann aber auch diese Produktion in die sozialistische umgewandelt werden soll“. Bisher waren Uneingeweihte der Meinung, daß die Anhänger der „selbständigen“ Betriebsrätezentralen, die betonten, gegenüber den Gewerkschaften die angeblich allein richtigen Grundzüge zu vertreten, wissen würden, nach welchen Prinzipien die Arbeiterbewegung geführt werden soll. Nunmehr geben sie selbst an, daß sie nach der geeigneten Organisationsform erst „suchen und forschen“ wollen, so daß also in der jetzigen ungeheuer schwierigen Situation die Arbeitnehmer zu einem Experimentierobjekt benutzt werden sollen, wobei es um Kopf und Kreuz der Arbeitnehmerbewegung überhaupt gehen kann. Aber weiter schreibt Däumig klar und unerschütterlich:

„Die Arbeit, die der „Arbeiterrat“ im Laufe von fast zwei Jahren geleistet hat, ist nicht umsonst gewesen; sie war vielmehr ein Teil jenes vorbereitenden Ringens, das jetzt mit der Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei einen Abschluß gefunden hat.“

Während man also den Arbeitnehmern vorredete, daß die „Selbständigkeit“ der Betriebsrätebewegung Aufgabe und Ziel der „selbständigen“ Betriebsrätezentralen sei, gibt jetzt auch Däumig unüberhüllt zu, daß einzig und allein die Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei als Aufgabe betrachtet wurde. Dazu waren die Betriebsräte Scheinbor gerade gut genug, dazu wurden sie von ihren wirtschaftlichen Aufgaben abgehalten, deshalb stehen sie heute der Wirtschaftskrise fast unvorbereitet gegenüber und deshalb bedarf es jetzt der fast übermenschlichen Energie der freien Gewerkschaften, des selbst Besäumte durch rastlose Tätigkeit nachzuholen.

Nunmehr sollen die Betriebsräte durch die neue Zeitschrift „Der kommunistische Gewerkschafter“ zur Gewerkschaftsbildung erzogen werden. Diesen Bestrebungen ist mit aller Energie entgegenzutreten und die Betriebsvertretungen, die den schämeren Kampf in den Betrieben zu führen haben, werden sich kostenlos nicht ein zweites Mal von gewissenlosen Fanatikern hinter das Licht führen lassen. Sie werden nicht ein zweites Mal den Richard Müller, Däumig und Genossen auf den Leim kriechen. Die freien Gewerkschaften sind heute die einzige Stütze, deren Geschlossenheit und Kraft die Mitglieder der Betriebsvertretungen im eigenen und im Interesse ihrer Belegschaften zu fördern haben.

S.P.D.-Transportarbeiter.

Auch im Transportarbeiterverband hat sich ein engerer Zusammenschluß der der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Mitglieder nötig gemacht, um gegenüber den unfruchtbarer Weise vorgenommenen Übergriffen die Gleichberechtigung aller Mitglieder zu wahren und praktische Gewerkschaftsarbeit zu ermöglichen. Eine vom Bezirksverband der S.P.D. vor einigen Wochen veranstaltete Versammlung hatte eine Kommission eingesetzt, die am Donnerstag eine Versammlung der auf dem Boden der S.P.D. stehenden Verbandmitglieder abhielt. Genosse Rörpel hielt einen Vortrag, worin er ausführte, daß um die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung aufrechtzuerhalten, die kommunistischen Treiberien entschieden bekämpft werden müssen. — Buchert und Nordmann erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Kommission und legten die von derselben ausgearbeiteten Richtlinien der S.P.D.-Fraktion vor, welche die Versammlung genehmigte. Ferner wurden Verbandangelegenheiten besprochen in dem Sinne, daß es sich die Fraktion zur Aufgabe macht, den wirtschaftlichen Kampfkraft der Gewerkschaft unter allen Umständen zu sichern unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Verbandstage, der Gewerkschaftskongresse und der Amsterdamer Internationale.

Zum Streit der Danziger Buchdrucker.

Im Danziger Buchdruckerstreik hat am Donnerstag der Schlichtungsausschuß den Schiedsspruch gefällt, daß die Forderungen der Gehilfen unberechtigt und der Streik vertragswidrig ist. Die Gehilfen erklärten, diesem Schiedsspruch sich nicht fügen zu können. Sie verlangen Verhandlungen vor dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin. Da sich jetzt auch die Arbeitgeber zu diesen Verhandlungen bereit erklärt haben, soll am Sonnabend dieser Woche in Berlin verhandelt werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sondersarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben der Holz- und Eisenbranche. Morgen nachmittags 4 Uhr bei Wille, Poststr. 25, wichtiger Gruppenversammlung.

Kabelwerk Oberpreuss. Sonntag, den 3. Januar, vorm. 10 Uhr, im Restaurant „Zur Post“, Schillegartenstraße, die Rathausstraße: Betriebsversammlung der S.P.D. Die sich mit der Betriebsratswahl beschäftigen wird. Um 8 1/2 Uhr treffen sich dort die Betriebsratsmitglieder. Die am 8. Januar nach dem Rathausstr. 25, im Restaurant Oberpreuss. Betriebsratsversammlung ist eine rein kommunistische Veranstaltung. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute haben mit der Einberufung dieser Versammlung nichts zu tun.

